Rechtsstaatlichkeit in einem starken Staat

Dr Alexander Ressos, TEP
Attorney-at-Law (Switzerland and Germany),
Solicitor (England & Wales and Hong Kong)
Of Counsel, KGP Legal LLC
alexander.ressos@kgplegal.com.sg
www.ressos.com.sg

Schmales und breites Verständnis von Rechtsstaatlichkeit

Die Rechtstheorie unterscheidet zwischen einem schmalen und einem breiten Verständnis von Rechtsstaatlichkeit (thin und thick conception of the rule of law). Das schmale Verständnis verlangt, dass der Staat durch allgemeine, öffentliche, in die Zukunft gerichtete und beständige Gesetze handelt, die unabhängige Gerichte anwenden, und dass auch die Amtsträger selbst dem Recht unterworfen sind. Das breite Verständnis fügt materielle Anforderungen hinzu, etwa Demokratie, den Schutz der Grundrechte und eine freie Presse. Das schmale Verständnis erfüllt Singapur in sehr hohem Maß. Sein Verhältnis zum breiten Verständnis ist umstritten.

Singapurs eigene Juristen haben sich offen mit dieser Unterscheidung auseinandergesetzt. Der frühere Chief Justice Chan Sek Keong hat dargelegt, dass die Gerichte der Rechtsstaatlichkeit innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens Geltung verschaffen, den das Parlament schafft.[1] Kritiker wie Jothie Rajah beschreiben das Modell Singapur als „authoritarian rule of law“ (autoritäre

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Rechtsstaatlichkeit), in der das Recht staatliche Macht ebenso legitimiert wie begrenzt.[2] Für einen Finanzplatz hat die Debatte praktische Bedeutung. Investoren müssen nämlich einschätzen, ob die Eigenschaften, die das schmale Verständnis misst, in einem System stabil bleiben, das dem breiten Verständnis nicht vollständig genügt.

Gerichtliche Kontrolle und die Grenzen exekutiven Ermessens

Die Gerichte Singapurs haben ihre Befugnis betont, die Rechtmäßigkeit exekutiven Handelns zu überprüfen. Die Geschichte dieses Anspruchs ist aufschlussreich. In *Chng Suan Tze v Minister for Home Affairs*, entschieden am 8. Dezember 1988, befand der Court of Appeal, dass das Ermessen des Präsidenten und des Ministers, Personen nach dem Internal Security Act in Haft zu nehmen, einem objektiven Maßstab unterliege und daher gerichtlich überprüfbar sei. Die Vorstellung eines subjektiven oder unbeschränkten Ermessens widerspreche der Rechtsstaatlichkeit. Das Parlament reagierte binnen weniger Wochen. Ein neuer Artikel 149(3) der Verfassung, in Kraft seit 27. Januar 1989, und Änderungen des Internal Security Act, in Kraft seit 30. Januar 1989, stellten die frühere Rechtslage wieder her. Seither beschränkt sich die gerichtliche Kontrolle von Inhaftierungen auf Verfahrensfragen.[3]

Die Episode zeigt beide Seiten des Systems. Die Gerichte formulierten einen Grundsatz der Gesetzmäßigkeit, den jedes Common-Law-Gericht anerkennen würde. Der Gesetzgeber, den die Regierungspartei beherrscht, schränkte seine Anwendung dann im Bereich der inneren Sicherheit ein. Außerhalb dieses Bereichs hat der Grundsatz Bestand. Spätere Entscheidungen des Court of Appeal stützten sich darauf, um die Ausübung gesetzlicher Befugnisse zu Inhaftierung und Verwaltung zu überprüfen. Für Unternehmen zählt vor allem, dass die Kontrolle des Verwaltungsermessens in den für sie relevanten Bereichen verfügbar bleibt, etwa bei Lizenzen, Steuern und öffentlicher Beschaffung. Gegen die Finanzaufsicht wird sie allerdings nur selten eingesetzt.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Verleumdung, Missachtung des Gerichts und Falschbehauptungen im Netz

Am deutlichsten zeigen sich die Grenzen des Modells Singapur im Recht der öffentlichen Rede. Politische Führungspersonen haben Verleumdungsklagen gegen Oppositionspolitiker und Kritiker erhoben. Beobachter nennen die Häufigkeit solcher Klagen als einen Faktor für die Vorherrschaft der Regierungspartei.[4] Der Administration of Justice (Protection) Act 2016 kodifizierte das Recht der Missachtung des Gerichts (contempt of court), einschließlich des Tatbestands der Herabwürdigung der Justiz (scandalising the judiciary).[5] Der Protection from Online Falsehoods and Manipulation Act wurde am 8. Mai 2019 mit 72 zu 9 Stimmen verabschiedet und trat am 2. Oktober 2019 in Kraft. Er erlaubt Ministern, die Berichtigung oder Entfernung von Online-Aussagen anzuordnen, die sie für falsch halten. Betroffene müssen zunächst den Minister ersuchen, eine Anordnung zu ändern oder aufzuheben, und können sich danach an den High Court wenden.[6]

Die Durchsetzung von Handelsverträgen berühren diese Gesetze nicht. Sie prägen aber das Umfeld, in dem Presse, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über den Staat diskutieren, auch über das Verhalten der Regierung in wirtschaftlichen Fragen. Ein Finanzplatz ist auf Information ebenso angewiesen wie auf Gerichte. Die öffentliche Debatte über Bankskandale, Aufsichtsversagen und staatsnahe Unternehmen ist einer der Kanäle, über die Fehler erkannt und korrigiert werden. Diese Funktion ist in Singapur schmaler als in Genf oder London. Die offizielle Reaktion auf den Geldwäschefall von 2023 erfolgte vor allem über Regierungserklärungen, Antworten im Parlament und Gerichtsverfahren.

Warum sich eine dominante Partei dem Recht unterwirft

Das zentrale Rätsel bleibt bestehen. Die People's Action Party regiert seit 1959. Bei der Parlamentswahl vom 3. Mai 2025 gewann sie 87 der 97 gewählten Sitze mit 65,57 Prozent der Stimmen.[7] Eine Regierung mit einer solchen Mehrheit kann die

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

meisten Bestimmungen der Verfassung mit eigenen Stimmen ändern. Dennoch hat sie eine Justiz erhalten, die Handels- und Verwaltungssachen unabhängig entscheidet, und eine Antikorruptionsbehörde, die eigene Minister angeklagt hat.

Die Erklärung liegt zu einem großen Teil in der Wirtschaftsstrategie des Staates. Ein kleines Land ohne natürliche Ressourcen ist auf ausländisches Kapital, ausländische Unternehmen und ausländische Fachkräfte angewiesen. Diese Akteure verlangen berechenbares Recht und ehrliche Beamte und können abwandern, wenn sie beides nicht vorfinden. Die Gründergeneration der Staatsführung zog diesen Schluss ausdrücklich und gründete die Legitimität des Staates auf Leistung. Saubere Regierungsführung und verlässliches Recht gehören dazu. Lee Kuan Yew bezeichnete den Kampf gegen Korruption in seinen Memoiren als Überlebensbedingung.[8] Derselben Logik folgt die Politik, Minister und hohe Beamte nach Maßstäben der Privatwirtschaft zu bezahlen. Die Regierung rechtfertigte sie als Schutz vor Korruption. Minister in Singapur zählen zu den bestbezahlten Politikern der Welt.[9]

Eine zweite Erklärung liegt im Eigeninteresse einer dominanten Partei mit langem Zeithorizont. Korruption in der Regierungspartei würde ihre Wählerbasis gefährden und ihren Anspruch, besser zu regieren als jede Alternative. Die Anklage von Ministern ist kurzfristig schmerzhaft. Sie schützt aber das wichtigste Gut der Partei, ihren Ruf der Integrität. Dieselbe Logik erklärt, warum die Gerichte in Handelssachen frei entscheiden dürfen. Ihre Glaubwürdigkeit dient der Strategie des Staates. Die Grenzen der gerichtlichen Kontrolle in sensiblen Bereichen zieht dagegen offen der Gesetzgeber, und das Parlament muss sich dafür verantworten.

Das Modell hat eine Schwachstelle. Seine Rechtsstaatlichkeit hängt in hohem Maß davon ab, dass die politische Führung ihr verpflichtet bleibt, denn die formalen Schranken dieser Führung sind schwächer als in einer föderalen Demokratie mit direkten Volksabstimmungen. Investoren hatten bisher keinen Grund, an dieser Verpflichtung zu zweifeln. Die Machtübergaben von Lee Kuan Yew an Goh Chok Tong, Lee Hsien Loong und Lawrence Wong haben sie bewahrt. Kapitel K.VI untersucht, wie lange das Modell bis 2035 voraussichtlich tragen wird.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Integrität unter Druck

Seit 2023 wurde das System an mehreren Fronten zugleich auf die Probe gestellt. Die Anklage gegen einen Minister, der Geldwäschefall mit Vermögenswerten von rund drei Milliarden Singapur-Dollar und die Sanktionen, die die MAS im Juli 2025 gegen neun Finanzinstitute verhängte, legten Schwächen offen.[10] Sie zeigten aber auch Institutionen, die mit Ermittlungen, Anklagen und Gerichtsverfahren reagierten. Alle zehn Angeklagten im Geldwäschefall wurden verurteilt und gaben Vermögenswerte von rund 944 Millionen Singapur-Dollar heraus.[11] Kapitel E.VI behandelt den Fall, seine Folgen für die Banken und die Sanktionen vom Juli 2025.

Nicht jeder Fall wurde so gelöst, dass Beobachter zufrieden waren. In der Keppel-Affäre ging es um Bestechungsgelder, die eine Tochtergesellschaft eines singapurischen staatsnahen Konzerns in Brasilien gezahlt hatte. Die Antikorruptionsbehörde stellte ihre Ermittlungen 2023 mangels ausreichender Beweise ein und sprach gegenüber sechs früheren Mitarbeitern Verwarnungen aus, anstatt sie anzuklagen.[12] Die Entscheidung stieß im Parlament und in der Presse auf Kritik, da der Konzern die Bestechung in Verfahren im Ausland eingeräumt hatte. Kapitel H.V erörtert den Fall zusammen mit den Vereinbarungen über den Aufschub der Strafverfolgung (deferred prosecution agreements) und der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen in Singapur. Für die vorliegende Argumentation markiert der Fall die äußere Grenze des Antikorruptionsregimes. Seine Stärke liegt bei inländischer Korruption. Auslandsbestechung durch singapurische Unternehmen über ausländische Mittelsmänner lässt sich im Inland schwerer verfolgen.

Anmerkungen

1. Chan Sek Keong, „The Courts and the ‘Rule of Law’ in Singapore“, *Singapore Journal of Legal Studies* [2012] 209–231. ↩
2. Jothie Rajah, *Authoritarian Rule of Law: Legislation, Discourse and Legitimacy in Singapore*, Cambridge, Cambridge University Press, 2012. ↩

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

3. Wikipedia, „Chng Suan Tze v Minister for Home Affairs“ (abgerufen im November 2026): [1988] SGCA 16, [1988] 2 SLR(R) 525, Urteil vom 8. Dezember 1988; das Gericht wandte einen objektiven Maßstab an und stellte fest, „the notion of a subjective or unfettered discretion is contrary to the rule of law“. Wikipedia, „Chng Suan Tze v Minister for Home Affairs“ (abgerufen im November 2026): Das Parlament beschloss im Januar 1989 Änderungen, um die Entscheidung rückgängig zu machen; ein neuer Artikel 149(3) der Verfassung trat am 27. Januar 1989 in Kraft, die Änderungen des Internal Security Act am 30. Januar 1989; damit kehrte die gerichtliche Kontrolle zur Rechtslage von 1971 nach *Lee Mau Seng* zurück. ↩

4. Wikipedia, „Politics of Singapore“ (abgerufen im November 2026): „defamation lawsuits against high-profile political opponents“ als wesentlicher Faktor für die Vorherrschaft der People’s Action Party genannt. ↩

5. Administration of Justice (Protection) Act 2016 (Act 19 of 2016), verabschiedet am 15. August 2016, in Kraft seit 1. Oktober 2017; kodifiziert die Missachtung des Gerichts einschließlich der Herabwürdigung des Gerichts (scandalising the court). ↩

6. Wikipedia, „Protection from Online Falsehoods and Manipulation Act 2019“ (abgerufen im November 2026): Gesetzentwurf am 8. Mai 2019 mit 72 zu 9 Stimmen angenommen; in Kraft seit 2. Oktober 2019; „Government ministers will issue instructions to correct falsehoods through an appointed Competent Authority“; ein Antrag auf Änderung oder Aufhebung einer Anordnung ist zunächst an den Minister zu richten, Anträge „must be made within 14 days to the High Court“. ↩

7. Wikipedia, „2025 Singaporean general election“ (abgerufen im November 2026): Wahl am 3. Mai 2025; die PAP gewann 87 von 97 Sitzen mit 65,57 % der Stimmen; die Workers’ Party behielt ihre zehn Sitze. Wikipedia, „Politics of Singapore“ (abgerufen im November 2026): Singapur wird „governed by the People’s Action Party (PAP) since 1959“. ↩

8. Lee Kuan Yew, *From Third World to First: The Singapore Story 1965–2000*, Singapur, Times Editions, 2000, Kapitel „Keeping the Government Clean“. ↩

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

9. Wikipedia, „Politics of Singapore“ (abgerufen im November 2026): „Ministers in Singapore are the highest paid politicians in the world, receiving a 60% salary raise in 2007“; 2011 wurde ein Ausschuss zur Überprüfung der Vergütung von Politikern eingesetzt. ↩
10. Wikipedia, „2023 Singapore money laundering case“ (abgerufen im November 2026): Vermögenswerte „worth 3 billion SGD“; die Monetary Authority of Singapore „imposes S$27.45 million in penalties on nine financial institutions“ wegen Verstößen gegen Geldwäschevorschriften im Zusammenhang mit dem Fall (Juli 2025). ↩
11. Wikipedia, „2023 Singapore money laundering case“ (abgerufen im November 2026): alle zehn Angeklagten verurteilt; Freiheitsstrafen von etwa 13 bis 17 Monaten; insgesamt 944 Mio. S$ von den zehn Verurteilten herausgegeben. ↩
12. Wikipedia, „Corruption in Singapore“ (abgerufen im November 2026): Im Keppel-Fall stellte das CPIB seine Ermittlungen 2023 mangels ausreichender Beweise ein; sechs frühere Mitarbeiter erhielten Verwarnungen anstelle einer Anklage. ↩

Disclaimer

This article is provided for general information only. It is based on publicly available sources as at its date of publication. These sources have not been independently verified against licences, regulatory registers or the records of the entities concerned. It is not legal, tax, financial or investment advice. Nor is it a recommendation to invest in, transact with or use the services of any entity mentioned. Law and regulation change frequently, so the content may be incomplete or outdated. To the fullest extent permitted by law, Dr Alexander Ressos and the publisher of SingaporeIQ exclude all liability for loss or damage arising from the use of or reliance on this article. Readers should obtain advice on their specific circumstances before acting or refraining from action.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Names and trademarks of the entities discussed belong to their owners and are used for identification only. Their mention implies no endorsement, affiliation or allegation of wrongdoing. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. Corrections and updates: contact@ressos.com.

© 2026 Dr Alexander Ressos. This article may be quoted with attribution to SingaporeIQ (SingaporeIQ.com). Reproduction in full and any commercial use require prior written consent. The Legal Terms at https://singaporeiq.com/legal-terms apply.

Author contact: Dr Alexander Ressos, TEP · contact@ressos.com

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.